

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

1.4.1865 (No. 78)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 1. April.

N. 78.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Auf das mit dem 1. April begonnene zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramm.

Wien, 31. März. Wie man der „Frk. Post-Ztg.“ telegraphirt, hat die Unterzeichnung des Märzvertrags vorgezogen nicht stattgefunden, da nur die Zustimmung Odenburgs eingelaufen war. Einzelne Regierungen nehmen Anstand, zuzustimmen, ohne ihre Kammern zu befragen. Die Unterzeichnung ist einstellig bis Montag vertagt.

Nächste Woche wird die Verhandlung über den Märzvertrag im Reichsrath stattfinden.

Deutschland.

Frankfurt, 30. März. (Fr. Z.) Heute hat keine Bundestags-Sitzung stattgefunden, und wird vor dem 6. April (Abstimmungsstermin über den Antrag vom 27. d.) überhaupt keine mehr abgehalten.

Stuttgart, 30. März. Um den Kommissionen Zeit zur Vereinigung ihrer Arbeiten zu lassen, soll vom 4. April bis zum 16. Mai eine Vertagung der Kammern eintreten, so daß also vorerst nur noch zwei oder drei Sitzungen stattfinden würden. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer entwickelte der Abg. Rößiger seine angekündigte Motion gegen die Gefahr des Papiergeldes. Am Schluß wird der Antrag gestellt: „Die königl. Regierung zu bitten, beim Deutschen Bunde oder durch Unterhandlung mit ihren Bundesgenossen ohne Unterlaß auf eine gesetzliche Regelung der Papiergeld-Ausgabe hinzuwirken.“ Der Druck der Motion wurde auf Mohls Antrag mit 62 gegen 14 Stimmen beschloffen.

Bei der Berathung des Berichts der Finanzkommission über die Grundstock-Verwaltung, deren Activa sich pro 30. Juli 1863 auf über 20 Millionen berechneten, beschloß die Kammer auf Hopp's Antrag, die königl. Regierung um die Einbringung eines Gesetzentwurfs über die Anlegung des Grundstock-Vermögens wiederholt zu bitten.“ Da von diesem Grundstock-Vermögen 9 Millionen in auf den Inhaber lautenden Papieren vorhanden sind, so erklärte dies Frhr. v. Dür für sehr gefährlich, und es wurde daher nach längerer Debatte auf den Antrag des Abg. Seeger beschloffen, die Finanzkommission mit einem Bericht darüber zu beauftragen, in welcher Weise die sicherste Aufbewahrung der Werthe des Grundstock-Vermögens zu geschehen habe. Wohl schlug vor, die Papiere inskribiren zu lassen, und Staatsrath v. Kerner ertheilte die Zustimmung, daß solche sehr gut verwahrt seien, so daß man deshalb keinerlei Besorgnisse hegen dürfe.

München, 30. März. (A. Z.) Die Kammer der Abgeordneten hat heute ihren bisherigen zweiten Präsidenten, Prof. Dr. Böckl, zum ersten, und Hrn. Abg. Schöber zu ihrem zweiten Präsidenten gewählt.

Wiesbaden, 29. März. (Fr. Z.) Der Herzog hat heute die Ständerversammlung mit nachfolgender Rede vom Throne eröffnet:

Hoch-, Hochwohl- und Wohlgeborne, Hochgeehrte Herren, Weis, Liebe und Getreue! Ich habe die Stände des Herzogthums zu mir berufen, um in Gemäßheit der Verfassung die für die Führung der öffentlichen Verwaltung notwendigen und das Interesse des Landes fördernden Beratungen in Gemeinschaft mit meiner Regierung zu pflegen. Seit dem Schluß des vorjährigen Landtags habe ich mich zu meinem großen Bedauern in der Lage gesehen, von dem verfassungsmäßigen Recht der Auflösung der Ständerversammlung Gebrauch zu machen, weil mir die Haltung, welche die Mehrzahl jener Versammlung angenommen hatte, dasjenige geistliche Zusammenwirken mit meiner Regierung, in welchem ich die Grundbedingung der Wohlfahrt des Landes erblicke, unmöglich erscheinen ließ. In Folge hieron habe ich die Vornahme von Neuwahlen angeordnet und heiße ich Sie als die aus denselben hervorgegangenen Vertreter des Landes willkommen. Die vielfachen Kundgebungen der Anerkennung und der treuen Anhänglichkeit, welche mir aus Anlaß der Feier des 25jährigen Jahrestags meines Regierungsantritts aus allen Theilen des Landes zugekommen sind, haben mir große Genugthuung gewährt. Wie ich den vielen an mich abgesandten Deputationen damals angesprochen, habe ich sie in dem Bewußtsein angenommen, während der Dauer meiner Regierung stets das Gute gewollt zu haben, darin aber auch von neuem eine mächtige Aufforderung erblickt, in dem Streben nach der Wohlfahrt des Landes, so lange mir die Vorsehung die Kraft dazu gibt, nicht nachzulassen. Wenn, wie ich hoffen und erwarten darf, die gleichen Empfindungen auch Sie, die Vertreter des Landes, beleben, und Sie dieselben Ihren Beratungen zu Grunde legen, wird die Erreichung des uns gemeinschaftlich gesteckten Ziels, das Beste des Landes zu fördern, durch einmüthiges Zusammenwirken mit meiner Regierung erleichtert werden. Die gütigen Verhältnisse in der Entwicklung der Landwirtschaft, Industrie und Handel haben auch in dem verflochtenen Jahre keine Unterbrechung erlitten, und der Wohlstand des Landes ist zu meiner lebhaften Befriedigung in stetem Aufblühen begriffen. Diese erfreuliche Erscheinung ist zum großen Theil der belebenden Einwirkung der Staats-Eisenbahnen zuzuschreiben, und berechtigt die bisherige fortschreitende Frequenz und das steigende Erträgniß derselben zu der Erwartung, daß die zur Verjüngung der Anlagekosten noch erforderlichen Zuschüsse sich von Jahr zu Jahr vermindern und endlich ganz verschwinden werden. Meine Regierung wird auf die Förderung und Erleichterung des Verkehrs auch fernerhin ihr unausgesetztes Bestreben richten. Zu dem Zweck sind auch in diesem Jahre die Fortsetzung begunnener und die Aufnahme neuer Straßenbauten mit vermehrten Mitteln in Aussicht genommen. Die Prüfung der hiezu bezüglichen Anforderungen wird Ihnen erleichtert werden durch die nach dem Wunsch der Stände aufgestellte Uebersicht der nach den Bedürfnissen überhaupt noch zu erbauenden Landstrassen mit hinzugefügter Begutachtung über deren Dringlichkeit und den voraussichtlich erforderlichen Kostenaufwand. Die Verhandlungen in der Zollangelegenheit haben zu einer allseitigen Verständigung geführt, und durch die abgeschlossenen Verträge, welche meine Regierung Ihnen vorlegen wird, die Fortdauer des Zollvereins mit erweiterten Verkehrsbeziehungen und verbesserten Tarif auf eine weitere Reihe von Jahren gesichert. Auch in der Postangelegenheit ist, unter Vorbehalt Ihrer Zustimmung, mit der kaiserlich thüring. und sachsen. Verwaltung ein Abkommen getroffen worden, welches dem Lande die jetzigen Wohlthaten gewahren dürfte, die nach den gegebenen Verhältnissen erreichbar wären. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie dieses Abkommen als vorteilhaft erkennen und ihm Ihre Zustimmung nicht verweigern werden. Verschiedene Gesetzentwürfe, unter diesen der Entwurf eines der Verhältnisse der Presse ordnenden Gesetzes, sowie ein revidirter Entwurf der landständischen Geschäftsordnung werden Ihnen zur Prüfung und Genehmigung über-

geben werden. Ich habe verfügt, Ihnen der Landes-Druckerei etat alsbald zur Prüfung und Festsetzung mitzutheilen. Aus dieser Vorlage werden Sie ersehen, daß unsere Finanzen als günstig bezeichnet werden können. Das im vorigen Jahr in Aussicht genommene Defizit ist nicht nur verschwunden, sondern ein Ueberschuß an dessen Stelle getreten, und wird es dadurch, sowie durch Verminderung verschiedener Ausgaben und Erhöhung einzelner Einnahmen möglich werden, die direkten Steuern gegen das vorige Jahr um ein ganzes Stempel zu verringern. Sie finden hierin den Beweis, daß meine Regierung auch das materielle Wohl des Landes stets im Auge hat und demselben gerecht zu werden bestrebt ist. Mögen Sie nun unter dem Schutze der göttlichen Vorsehung Ihre Beratungen beginnen, und wenn Sie dieselben in dem von mir bezeichneten Geiste fortführen wollen, wird es sicher gelingen, das gemeinsame Ziel zum Segen unseres geliebten Vaterlandes zu erreichen.

In beiden Kammern wurden folgende Gesetzentwürfe von der Regierung übergeben: 1) Die Regelung der Preisverhältnisse, 2) die Regelung der Postverhältnisse, 3) die Bestreitung des Aufwandes der Landboten-Post, 4) den Ankauf der Gewerbesteuer von Bergwerken, 5) die Bestellung von Steuerkommissären, 6) die Ergänzung und Erläuterung der Wechsel-Prozessordnung betreffend, und 7) ein Entwurf über Erneuerung der Geschäftsordnung der Ständerversammlung.

Weimar, 28. März. (Fr. Z.) Der Landtag hatte gestern den Abschluß des Etats mit der Steuerbewilligung zu beraten. Die Regierung schlug 8 Pfennige vom Thaler, der Ausschuß nur 7 1/2 Pfennige vor. Hr. v. Wagdorf empfahl den Regierungsvorschlag mit dem Bemerkten, daß der mehrerforderte halbe Pfennig, der ungefähr 75,000 Thaler Mehretrag gewähre, zu einem Eisenbahn-Fond reservirt werde. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der Landtag ertheilte der Regierung die Ermächtigung, Vereinbarungen über bereits vorgelegte Staatsverträge ohne Zuziehung des Landtags abzuschließen. Ferner wurde das Gesetz über Pensionirung der Univeritätslehrer nach der Regierungsvorlage angenommen. Der Landtag wird den 5. April geschlossen.

Berlin, 28. März. Ueber die Verhandlungen des Sechsenddreißiger-Ausschusses vernimmt die „N. Frankf. Ztg.“, die bekanntlich von je her in näherer Beziehung zu diesem Ausschusse stand, „aus glaubhafter Quelle“ Folgendes:

Der Vorsitzende, Dr. Müller von Frankfurt, hatte, in schlagernder Aneinanderreihung der früheren Beschlüsse, nachgewiesen, daß das Selbstkonstitutionsrecht des schleswig-holsteinischen Volks das Grundprinzip der Thätigkeit des Ausschusses sein und bleiben müsse. Trotz wiederholter Aufforderung, Einsprache zu erheben, wenn diese Anschauung bestritten werden wollte, ward diese Basis der Existenz des ganzen Ausschusses allseitig unbedingt anerkannt, sonach auch von den Mitgliedern aus Preußen. Prinzipielle Beschlüsse fanden außerdem nicht statt, um so weniger, als die Versammlung wegen der Landtage in Bayern und Oesterreich und wegen der Ungunst der Jahreszeit und der Entlegenheit Berlins nur sehr schwach besucht war. Mehrere am persönlichen Erscheinen verhinderte Mitglieder hatten ihre Ansichten schriftlich mitgetheilt. Diese Ansichten gingen stark auseinander. Geradezu antipodisch sollen sich die ziemlich umfassend motivirten Ansichten von Sybel und Kolb entgegengesetzt haben. Der Erste vertheidigte alle Bismarck'schen Forderungen an die Herzogthümer. Der Letzte nahm das Selbstkonstitutionsrecht für dieselben im weitesten Umfang in Anspruch; betonte, daß Schleswig-Holstein allerdings einem Gesamtdeutschland sich unterzuordnen habe, daß aber Preußen nicht Deutschland, sondern weit eher, zumal bei seinen jetzigen Ver-

Karlsruhe, 26. März. (Wintervorlesung. Fortsetzung.) Am klarsten zeigt es sich in den Naturwissenschaften, daß das Wissen eine Macht ist. Der Fortschritt und der Freiheitstrieb treibt den Menschen, die Mittel aufzusuchen, wodurch die Macht der Natur über ihn mehr oder minder eingeschränkt wird; aber noch mehr reizt die Menschen, welche hier in Betracht kommen, das Streben nach Wahrheit. Wo nur um des Nützens willen Fragen an die Natur gestellt werden, ist sie spröde und sparsam mit ihren Antworten, sowie auch das Streben der Fragenenden mit der Hoffnung auf baldigen Gewinn schnell wieder erlischt, während der nach Erkenntniß ringende Forscher eine unermüdete Selbstverlängerung und Ausdauer bewährt und selbst im Zusammenbrachen der Bausteine für spätere Zeiten noch seine Bestrebung findet. Auch das Kleinste darf hierbei nicht unbeachtet bleiben, weil man nie weiß, welche große Wirkungen davon abhängig sind. So findet sich z. B. in Schweden und andern nördlichen Gegenden ein schwarzer Stein, an dem man die Eigenschaft beobachtet hat, daß er an zwei bestimmten Punkten das Eisen anzieht, der Magnetstein. Man hat denselben weiter beobachtet und hat gefunden, daß er einem Eisenstäbchen, das damit in einer gewissen Weise gestrichen wird, jene Eigenschaft mittheilt, und daß dieses Stäbchen, waagrecht aufgehängt, stets mit dem einen Ende nach Norden zeigt. Diese dem ersten Anschein nach so unbedeutenden Beobachtungen führten zur Erfindung der Magnetnadel, mit deren Hilfe der Schiffer jetzt auf dem Meere sein Schiff lenkt und der Bergmann sich zurechtfindet unter der Erde, wo ihn wieder die Erdmutter von Schalthieren und die Gebirge vorgeschichtlicher Geschöpfe die Schichten kennen lehren, wo die nützlichsten Metalle zu finden sind, oder wo die Pflanzen der Vorwelt lagern, welche jetzt als nützliche Steincohlen die wichtigsten Unternehmungen der Gegenwart in so hohem Grade fördern helfen.

Ein interessantes Beispiel, wie sich die Menschen der feindlichen Einwirkung von Naturkräften durch die Fortschritte der Wissenschaft erwehren lernten, bietet uns die Davy'sche Sicherheitslampe. In

den Kohlenbergwerken entwickelt sich nämlich häufig in großer Menge ein Gas, welches in geringen Quantitäten eingeathmet, nicht sofort nachtheilig auf den Menschen einwirkt, aber an der offenen Flamme der Lampe sich sofort entzündet und die sog. schlagenden Wetter verursacht, wodurch früher oft Schächte und Stollen einströmten und jährlich Hunderte von Menschen das Leben verloren. Nun machte der Chemiker Humphrey Davy die Beobachtung, daß eine Flamme, über welche man ein sehr feines Drahtnetz hält, nicht durch dasselbe hindurchdringt, sondern sich so sehr abkühlt, daß die Gase, durch deren Verbrennung sonst die Flamme erzeugt wird, unverbrannt hindurchströmen. Er umgab nun das Licht einer Lampe mit einem solchen Drahtgitter und erfand damit ein Mittel, wodurch man die Entzündung des Grubengases außerhalb der Lampe verhindert. Die schädliche Wirkung dieser Lampe war so vollständig, daß die ungebildeten Bergleute sogar allen Glauben an die schlagenden Wetter verloren und zuweilen die Lampe öfneten, um deutlicher zu sehen; aber trotz der Unfälle, welche durch diese Unvorsichtigkeit noch vorkamen, wurde der Glaube an ihre schützende Wirkung nicht erschüttert. Sie fand allgemeinen Eingang; nur wurde eine Belohnung für eine Vorrichtung ausgesetzt, welche es den Arbeitern unmöglich macht, die Lampe zur Unzeit zu öffnen.

Die Tragweite der Wirksamkeit eines begabten Gelehrten ist oft kaum zu ermessen. Als einen solchen bezeichnen wir unbedingt den berühmten Lavoisier, welcher wegen seiner hervorragenden Leistungen als der Schöpfer der neueren Chemie bezeichnet zu werden pflegt. Eine seiner wichtigsten Leistungen ist die Erklärung des wahren Hergangs bei der Verbrennung. Bis zu seiner Zeit hatte man nämlich die Ursache derselben in einem sabelhaften Körper, dem sog. Phlogiston, finden wollen; er aber hat dieselbe als das Ergebniß einer Dryadation, d. h. der Verbindung eines Körpers mit dem Sauerstoff erkannt. Er hat ferner nachgewiesen, daß die Summe derjenigen Stoffe, welche eine chemische Wirkung eingehen, stets genau das näm-

liche Gewicht hat, wie die daraus hervorgehenden Körper, und daß demnach bei allen chemischen Verbindungen kein Stoff weder unbedeutend noch vergeht, sondern nur andere Verbindungen der Materien dabei zu Stande kommen. Um dies zu beweisen, führte er den Gebrauch der Waage in die Chemie ein, und man hat sich allmählig so allgemein von der Wichtigkeit der dadurch erreichten und erreichbaren Resultate überzeugt, daß jetzt jeder Gebildete selbst im praktischen Leben seine Schlüsse darauf zu bauen pflegt.

So viel Widerstand der Lavoisier'sche Fortschritt Anfangs zu überwinden hatte, so war die Sache gleichwohl schon bei einem zufälligen Anlasse von der Königin Elisabeth ausgesprochen worden. Sir Walter Raleigh brachte nämlich zu ihrer Zeit zuerst den Tabak aus Virginien nach England und gab am Hofe der Königin vor einer ausgewählten Gesellschaft eine praktische Probe von dem Gebrauche dieses merkwürdigen Krautes. Er fand keinen Beifall, und man machte unter Andern in nationalökonomischer Hinsicht der Sitte des Tabakrauchens den Vorwurf, daß dadurch dieses Kraut so ganz unweidmässiger Weise in Nichts verwandelt werde. Sir Raleigh gab die launige Antwort, daß dies denn doch nicht der Fall sei; denn Das, was die Asche weniger wiege als die Tabakblätter, sei in Rauch verwandelt worden. Es erhoben sich dagegen starke Zweifel; aber die Königin beendigte schließlich die Diskussion mit den Worten: „Sir Walter is right.“

Schon vor Lavoisier hatte Pierre Macquer die Beobachtung gemacht, daß sich bei der Verbrennung des Wasserstoffs ungeschadet der dadurch entstehenden Hitze Wasser an den Wandungen des Gefäßes niederschlug; aber man hatte dabei nicht geahnt, daß man auf der Schwelle einer hochwichtigen Entdeckung stand. Dem Scharfsinn Lavoisier's war es vorbehalten, auch hier zur rechten Zeit und unter den rechten Vorbedingungen nach dem Warum zu fragen, und er kam dadurch auf die hochwichtige Entdeckung, daß man aus Wasserstoff und Sauerstoff Wasser bilden, und dasselbe auch wieder in die genannten Gase, aus denen es besteht, zerlegen kann. (Fortsetzung folgt.)

hältnissen, ein Hinderniß für die Einigung Deutschlands sei; doch wie man darüber denke, sollte die Fortschrittspartei in Preußen wenigstens das erkennen, daß jeder Erfolg Bismarck's eine Niederlage ihrer Sache bilde. Dieser Anschauungsweise soll namentlich die von Christmann, Tafel (Stuttgart), und Feyer sich prinzipiell anreihen. Die Erklärungen der Ausschußmitglieder der Schleswig-holsteinischen Vereine lassen keinen Zweifel, daß die Bevölkerung der Herzogthümer vor Allem das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nimmt. So lange dieses nicht thatsächlich anerkannt, das Volk nicht in sein volles Recht eingesetzt ist, kann von Zugeständnissen keine Rede sein. Ist aber diese Anerkennung in der That erfolgt, dann glauben jene Mitglieder, daß das gemeinsame Interesse verschiedene Zugeständnisse ermöglichen, welche zu einer etwas näheren Verbindung mit Preußen führen würden. Die preussischen Mitglieder des Ausschusses erkannten, daß damit eine Basis zur definitiven Erledigung der Angelegenheit gegeben sein dürfte.

Berlin, 30. März. (Köln. Hg.) In der heutigen Sitzung der Militärkommission des Abgeordnetenhauses rechtfertigte Stavenhagen sein Amendement. Die partielle Entwaffnung fremder Armeen bleibe für uns ohne Einfluß, weil die Zahl der Cadres und die Stärke der Bataillone nach der Ansicht des Kriegsministers unabänderlich sind. v. Bockum-Dolffs rechtfertigte sein Unteramendement auf Feststellung der zweijährigen Dienstzeit im Prinzip. Die Regierung schraube alljährlich ihre Forderungen und Rechtsanschauungen hinauf. Jeder Eingestellte müsse vorher wissen, daß er nach zwei Jahren werde entlassen werden. Eine ist spricht gegen die Amendements. Der Standpunkt, den die Regierung zur Streitfrage eingenommen habe, könne durch Konzessionen nicht gebessert werden. Das ursprüngliche Amendement Stavenhagen's wird mit allen gegen zwei, das Bockum-Dolffs'sche Unteramendement mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Hierauf werden sämmtliche Paragraphen, mit Ausnahme der auf den Dienst in der Marine bezüglichen, abgelehnt. Die Beratung der letzteren wird wegen Nichtanwesenheit eines Regierungskommissärs vertagt.

Wien, 28. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Budgetdebatte fortgesetzt.

Abg. Waidele gegen den Ausfußantrag. Unsere Geldverhältnisse sind nicht aus den Umständen allein entstanden, welche der Bericht aufführt. Ein Hauptgrund sei die Bankfalle. Wenn man möglichst so viele Geldzinsen aus dem Verkehr zieht, wie es in Folge der Bankfalle geschehen, so sei dies ein Umstand, der drückend wirkt, wenn er auch nur temporär und vorübergehend ist; aber das müsse man dem Volke offen sagen. Die Zinsen, welche für Anleihen ins Ausland wandern, tragen auch einen Theil der Schuld. Er verkenne nicht die schädlichen Einflüsse des fortwährenden Ausgleichens, aber die Anleihen seien bisher nicht nur notwendig, sondern gar nicht zu umgehen gewesen, und deshalb habe das Haus auch bisher stets seine Zustimmung gegeben. Er verkenne nicht die Nothwendigkeit zu Ersparungen; aber er finde, daß nicht alle Abstriche den Charakter von Ersparungen, sondern des Ausschlebens haben, beispielsweise die Verwässerung der Interkalare, mit welcher man für das Volk nichts Gutes, sondern nur Böses schaffen würde.

Abg. Ingram für die Ausfußanträge. Er findet, daß der Bericht der Art sei, daß man aus demselben zu der falschen Vorstellung gelangen müsse, das Defizit betrage nicht mehr als 4 Mill.; deshalb würde leicht der Vorwurf erhoben, das Haus ziehe wegen eines verhältnismäßig geringen Betrages einen Konflikt mit der Regierung herbei. Redner sieht ein viel höheres Defizit und vermisst in dem Budget die Angabe der Mittel, wie dasselbe zu bedecken ist. Redner erklärt sich mit der Ansicht Lint's einverstanden, daß die Hauptdifferenzen nur beim Kriegs- und Marinebudget stattfinden. Auch er wünsche eine Vereinbarung, aber er bezweifle die Möglichkeit derselben, weil eben das Haus und die Regierung dabei ganz verschiedene Standpunkte einnehmen. Man habe zwischen einer etwas weniger schlagfertigen Armee und einem ausgezogenen Lande zu wählen; aber wenn das Land kein Geld hat, sei es ohnehin mit der Schlagfertigkeit zu Ende. Eine bessere Politik könnte das erleben, was der Schlagfertigkeit abginge. Er wünscht eine bessere Politik. Er glaube, daß die Regierung die in der Adresse eine dem Hause niedergelegten Intentionen acceptiren werde. Sollte das Unvermeidliche aber dennoch eintreten, habe er sich auf die Weisheit des Oberrats der Verfassung, der die Ueberzeugung haben werde, daß es sich hier nicht um Personen, sondern um Systeme handle.

Abg. Sene schildert die volkswirtschaftlichen Verhältnisse als sehr traurig, die Steuern als unerschwinglich, und man sei bei dem Punkte angelangt, zu sagen: „Wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren.“ Die Ueberzeugung steht bei ihm fest, daß das Land keiner rosigern Zukunft entgegengehe. Wenn die Regierung auch die Verhältnisse nicht verschuldet habe, so habe sie doch nicht genug gethan, sie zu bessern.

Abg. Kuranda weist auf die Finanzverhältnisse Frankreichs vom Jahr 1799 hin, und zeigt, daß damals das französische Ministerium binnen sechs Monaten geregelte Verhältnisse herstellte. Als zweites Beispiel führt Redner das Jahr 1849 an, und vergleicht das, was in diesem Jahr geschah, mit dem, was, wie er sagt, in den letzten vier Jahren nicht geschah. Unerklärlich seien die Maßnahmen der Regierung und unvereinbar mit den Begriffen, die man von dem Ministerium Schmerling hatte. Gerade heute sei etwas geschehen, was ganz unvereinbar sei mit der Vorstellung von einem Ministerium Schmerling. Gerade heute sei eine hiesige Zeitung (die „Vorstadt-Zeitung“) im Weg der objektiven Verfolgung suspendirt worden, und dies sei eigentlich der Grund, weshalb er noch nachträglich das Wort genommen. Solche Maßnahmen seien unvereinbar mit dem Preßgesetz, das vom Hause votirt wurde, unvereinbar mit den Hoffnungen, die man auf das Ministerium Schmerling setzte.

Abg. Riese-Stallburg erklärt, er könne gegenwärtig nicht mit der Regierung gehen, deren Anhänger er früher war.

Finanzminister v. Plener wendet sich zuerst gegen die Bemerkungen eines Redners, welche dahin gingen, daß die Regierung bei der Vorlage ihres Präliminars Unrichtigkeiten beging, und weist aus den Ziffern des Budgets die vollkommene Unrichtigkeit dieses Vorwurfs nach. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Staatsschulden-Rückstände und mehrere andere Posten nicht in die Ausgaben einbezogen wurden, bemerkt der Minister, daß unsere Budgets immer nur Budgets für das laufende Dienstjahr sind, und daß nie Ausgaben oder Einnahmerückstände in das Budget aufgenommen wurden, ein Vorgang, der bisher auch von der Reichsvertretung gutgeheißen wurde. Es wurde

der Finanzverwaltung auch der Vorwurf gemacht, auf die 11 Millionen, die im Februar an die Bank zu zahlen waren, bei dem Ausgabebudget nicht Rücksicht genommen zu haben. Aber zu der Zeit, als das Budget verfaßt wurde, konnte noch auf das Domänenvermögen, welches in Schwede war, reflektirt und geofft werden, daß aus der Veräußerung der Domänen der obige Betrag eingehende werde. Die Schwierigkeiten, welche sich dem Abschluß des Geschäft entgegenstellten, traten erst zu einer Zeit ein, als das Budget bereits eingebracht war. Auf die Frage der Bankschuld übergehend, bemerkt der Minister, die Jahre 1865 und 66, für welche die Budgets bereits vorgelegt sind, seien diejenigen, nach deren Ablauf die Bankschuld abgezahlt sein muß; es wäre also wirklich Kurzsichtigkeit, wollte man sich dem verschließen, was in diesen zwei Jahren sowohl an Staats- als an Bankbedürfnissen zu leisten sein wird. Die Regierung beabsichtige daher, wie er übrigens im Finanzausschuß mitgeteilt, sobald die Abgänge aus den Jahren 1865 und 66 sichergestellt sein werden, eine Vorlage über den Gesamttagtrag einzubringen. Die Staats- und Bankbedürfnisse müssen für eine zweijährige Periode gedeckt werden, und sollen mit einander durch eine Operation gedeckt werden, was von großem Vortheil für die Regelung der Finanzen sein wird. Auf den Vorwurf, daß manche Posten zu hoch gegriffen sind, müsse er entgegen, dies sei nicht gerechtfertigt, denn es sei bekannt, daß das Budget zu einer Zeit verfaßt wurde, wo die Endergebnisse noch nicht vorlagen. Die Ansichten waren besser als der Erfolg, und die Regierung mußte dem wirklichen Zustand Rechnung tragen. Daß sich die Verhältnisse anders gestalten, als man erwartete, ist aber nicht Schuld der Regierung. So viel sei aber gewiß, daß heuer das Erträgniß der Brantwein-, der Zuckersteuer und anderer Verzehrungssteuern so sein werde, wie es veranschlagt wurde. Was die allgemeine Nothlage betrifft, so kennt die Regierung die Verhältnisse sehr genau, sie bebauret sie, aber es sei ungerecht, und führe zu Begriffsverwirrungen in der Bevölkerung, wenn man die Nothlage und ihre Ursachen der Regierung in die Schuhe schieben wolle. Der Minister zeigt ferner aus einem Nachweise über die Staatsschuld, daß das Defizit für dieses Jahr 1867 angefangen, sich um 40 Millionen verringere, und hält dieses Faktum der gestern gemachten Behauptung entgegen, daß selbst nach den Abzählungen an die Bank die Zustände sich nicht bessern werden. Dem Hinweise des Abg. Kuranda auf die französischen Verhältnisse vom Jahr 1799 entgegnet der Minister, dieser habe wohl übersehen, daß damals ein bedeutender Aufwandsfaktor, die Armee, in fremden Ländern und auf Kosten fremder Länder unterhalten wurde. Der Minister geht über auf den Vorwurf der Unterlassung möglicher Ersparungen und weist zu diesem Ende auf die von der Regierung gemachten Propositionen hin. Der Ausspruch der Regierung in diesem Punkte sei kein schroffes Diktat, sondern die gewissenhafte Beantwortung einer an sie gerichteten Frage. Sie könne keine andere Antwort geben, sonst wäre die erste Antwort keine wahr gewesen. Durch den Abstrich von 20 Millionen stelle sich das Defizit für 1865 auf 9 Millionen, was dem Betrage der an die Bank zu zahlenden Rote der Wiener-Währung-Schuld gleichkomme. Sobald diese nur noch im Jahr 1866 bestehende Schuld wegfällt, sei somit ein wesentlicher Fortschritt in der Regelung des Staatshaushaltes geschehen.

Staatsminister v. Schmerling: Die Adressen und die Verhandlung über das Budget seien gewöhnlich die Momente im parlamentarischen Leben, wo der Kampf von beiden Seiten am lebhaftesten geführt wird und wo die wichtigsten Kräfte berufen sind, entweder für oder gegen die Regierung in die Aktion zu treten. Der Kampf in der Adressen- und Budgetdebatte wurde vor einigen Monaten abgemacht; der zweite beginne. Wenn er behaupte, daß in unsern Zuständen vielleicht nicht jene volle Berechtigung vorhanden sei, bei der Budgetberatung gerade einen Kampf für oder gegen die Regierung zu führen, so könne er sich doch der Thatsache nicht verschließen, daß der Kampf eben geführt werde. Sowohl von Seiten der Regierung, als von Seiten des Hauses bestrebe darüber keine Verschiedenheit, daß möglichst gepart werde und das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt werden soll. Nur über das Maß könne eine Differenz herrschen. In dem Umstand, daß man für die höhere oder geringere Ziffer stimmt, könne weder ein Akt des Vertrauens noch des Mißtrauens liegen. In andern Parlamenten mag das wohl seine Berechtigung haben, wo die Zusammenstellung des Budgets eine ganz andere ist. Wo Gesamtvotirungen gestattet sind, dort ist die Botirung des Budgets ein Akt des Vertrauens; dort ist aber auch eine große Anzahl der Ministerien übertragen; dort sind sie in der Lage, Mißbrauch machen zu können. Von Alledem ist bei uns keine Rede. Bei der Genauigkeit des österreichischen Budgets, wo die Gehalte des Ministers wie des letzten Dieners spezifizirt sind, wo die Regierung nicht nur an Kapitel und Titel, sondern auch an Paragraphen gebunden ist, da könne Niemand von Vertrauen reden, denn das Ministerium sei nicht in der Lage, das Geld anders zu verwenden, als es votirt wurde. Trotzdem werden wir es erleben, daß alle Fragen in den Bereich der Verhandlung gezogen werden. Deshalb möge es ihm gestattet sein, in diese Dinge näher einzugehen. In der Adressen- und Budgetdebatte hat das Ministerium zugerufen worden: „Selbsterkenntniß und Umkehr.“ Was die Selbsterkenntniß betrifft, so besitze die Regierung dieselbe. Tagtäglich erfahre das Ministerium aus den Zeitungen und aus den Reden, wo es fehlt, und geschmeichelt werde dem Ministerium wahrlich nicht. Er wolle in gedrängter Kürze darauf kommen, wo es fehle und wo es die Regierung angeblich fehlen lasse. In der äußeren Politik verlangt man Entschiedenheit und feste Haltung. Aber was bietet man zur Unterstützung einer festen Politik? Die Erklärung, daß wir nie etwas Anderes behaupten können, als einen ewigen Frieden, daß wir uns von jedem aktiven Vorgehen enthalten müssen; ferner die besänftigende Schilderung, daß wir ein verfallener, kreditloser Staat sind; das kann unsere Stellung im Auslande nicht kräftigen. (Bravo!) Man werfe einen Blick nach Norden. In Preußen sehe man das unerquidliche Schauspiel zerrütteter Verfassungszustände, den Kampf eines Abgeordnetenhauses gegen die Regierung; aber man habe bei der Debatte über die Militärorganisation von keinem Abgeordneten gehört, Preußen möge seine Großmachtsstellung aufgeben; es möge in der Politik zu Hause bleiben und über sich ergehen lassen, was eben geschieht. Der Minister geht sodann auf die innere Politik und die Verfassungszustände über und erklärt, wenn die Regierung auch nicht so sanguinisch sei, zu glauben, daß der erste ungarische Landtag schon die Verfassungsfrage lösen und Abgeordnete in den Reichsrath schicken werde, so werde doch bei dem ruhigen Fortschritt die Frage endlich gelöst werden. Große Ziele lassen sich nicht auf einmal erreichen. Wie lange Zeit bedurfte England, bis es ein einziges englisches Parlament erhielt, bis die Kronbill zc. erreicht wurde? Er könne auch im Namen der Regierung erklären, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, und es hänge nunmehr

von der Beschleunigung der Arbeiten des Gesamt-Reichsraths ab, es möglich zu machen, daß der ungarische Landtag einberufen werde. Auf den Vorwurf, daß die Regierung wenig zur Ausbildung verfassungsmäßiger Zustände gethan habe, erwiedert der Minister, daß eben der Weg konstitutioneller Legislation ein langsamerer sei, als der der Otkroyung. Man warte nur den engern Reichsrath ab, um die Ueberzeugung zu haben, daß die Regierung für die Fortbildung verfassungsmäßiger Zustände geforgt hat. Was die finanziellen Zustände betrifft, erklärt der Minister, er sehe in den Abstrichen kein radikales Heilmittel, wenn er auch zugeben wolle, daß Abstriche notwendig sind. Das Haus möge Mittel zur Abhilfe vorschlagen, aber nicht aussprechen, es sei um keinen Preis mehr zu helfen. Der Minister betont schließlich, daß ein verfassungsmäßiges Leben nur durch harmonisches Zusammenwirken der Reichsvertretung und der Regierung möglich sei. Die Regierung und die Reichsvertretung seien nicht zwei sich gegenüberstehende Parteien, weil beide die Wohlfahrt und das Gedeihen des Landes anstreben, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, abgesehen davon, ob überhaupt in Oesterreich ein streng parlamentarisches Regiment möglich und mit Majoritätsministerien zu regieren sei. Er könne sich allerdings denken, daß, wenn der Regierung eine Majorität als geschlossene Partei gegenübertritt, welche ein Programm und in ihrer Mitte die Männer hat, welche geeignet sind, die Verwaltung weiter zu führen, die Regierung dem moralischen Gewicht dieser Partei die Verwaltung abtritt. Aber in diesem Hause sehe er eine solche Partei nicht, und man werde es der Regierung deshalb nicht übel nehmen können, daß sie, wenn auch einige Voten gegen sie ausfallen, es doch mit ihrer Ehre vereinbar findet, Er. Majestät ferner zu dienen. Der Minister erinnert schließlich noch die Anhänger der Regierung zu einem eben so geschlossenen Vorgehen, wie es die Opposition thut, und schließt mit der Versicherung, die Devise der Regierung sei: Treue dem Kaiser, Treue der Verfassung, aber auch treue Befolgung der Pflicht.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters und einer Kontroverse zwischen dem Finanzminister, Herbst und dem Berichterstatter über einige Ziffern, schließt der Präsident die Sitzung.

Wien, 29. März. Wir glauben bestimmt zu wissen — und auch das beleuchtet vielleicht theilweise die vielfach unklare Lage — daß es vorher weder im Auswärtigen Amte in Wien, noch im Bundespräsidium in Frankfurt bekannt gewesen, daß Preußen in der vorgestrigen außerord. Bundestags-Sitzung überhaupt eine Erklärung abgegeben, und wir möchten es nicht für ganz unwahrscheinlich halten, wenn heute berichtet wird, daß der österreichische Gesandte in Berlin bereits gestern mit der Beifugung derselben worden sei, dem dortigen Kabinet den bestimmten Ausdruck des Bedauerns nicht vorzuenthalten, welches ein derartiges einseitiges Vorgehen hier habe erwecken müssen. Daß für den in fast sicherer Aussicht stehenden Fall, wo die Bundesversammlung den an sie gelangten Antrag zum Beschluß erheben würde, eine gemeinsame österreichisch-preussische Erklärung zu Stande komme, ist natürlich unter diesen Umständen um so weniger zu glauben, als deren Redaktion, mindestens sofern sie den Gegenstand eingehend behandeln wollte, ohnehin auf die größten Schwierigkeiten hätte stoßen müssen.

Italien.

Turin, 29. März. Der Senat hat mit 70 Stimmen von 104 Abstimmenden den Gesetzentwurf der legislativen Einigung angenommen, welche die Gutheißung der Zivilliste in sich begreift. Die Kammer setzt die Diskussion in Betreff der Eisenbahnen fort.

Rom, 30. März. (W. L. B.) Die in dem am verflochtenen Montag abgehaltenen Konklistorium gesprochene päpstliche Allokution bebauert und tadelt das Verfahren des Kaisers Maximilian von Mexiko, und drückt die Hoffnung aus, daß dieser zu anderen Gesinnungen kommen werde. Auch lobt sie die Bischöfe der katholischen Welt, und insbesondere die italienischen Bischöfe, für deren Eifer in Vertreibung der Religion und der Freiheit der Kirche gegenüber den Dekreten der bürgerlichen Gewalt.

Frankreich.

Paris, 30. März. Die gestrige Sitzung des Gesetzgeb. Körpers nahm einen etwas stürmischeren Verlauf. Guerot, Havin und Buffet reklamirten nach Verlesung des Protokolls, Erster im Namen der Presse. Hr. Havin vervollständigt eine seiner Aeußerungen aus der Kammer Sitzung von 1835, die Hr. Thuillier gestern nur sehr verstümmelt zitiert hatte, und weist daraus nach, daß er gerade das Gegenheil von dem gesagt hatte, was ihm Thuillier in den Mund legt. Buffet endlich berichtigt die Behauptung Thuillier's, seine (Buffet's) Wahl in dem Vogesen-Departement sei einzig auf Befehl und unter dem Druck des Pariser Wahlkomitee's, für das die bekannten Dreizehn büßen mußten, zu Stande gebracht worden.

Nunmehr kommt die große Rede, welche Hr. Kolb-Bernard alljährlich zu verlesen pflegt. Sie behandelt alle innern Fragen vom Standpunkt des spezialistisch kirchlichen Interesses aus, und verlangt schließlich, daß die Regierung die bedauerlichen Lücken ausfülle, welche die soziale Verfassung darbiete und daß sie durch dauernde Erhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Zukunft auf den mächtigen Grundlagen der kirchlichen, sozialen, bürgerlichen und politischen Freiheit jene schöne Definition des Fortschritts zur Wahrheit mache: die sich sich ausbreitende Entwicklung der mit Gott geeinigten menschlichen Freiheit.

Nach Hrn. Kolb-Bernard ergreift Marquis d'Harincourt das Wort und stellt es sich zur Aufgabe, bei aller Anerkennung und Aufmunterung des Strebens des Hrn. Olivier, die Hauptunterschiede, welche immer noch zwischen dem Programm der im Reimen begriffenen Tiers-Partei und der Tradition der erzmperialistischen Majorität, zu welcher Hr. v. Harincourt als kaiserl. Kammerherr gehört, bestehen bleiben. Zwei Dinge namentlich sind es, die der Redner nicht annehmen kann: das Aufgeben der offiziellen Kandidaturen und eine gewisse Art von Verantwortlichkeit der Minister vor der Kammer. Die früheren Monarchien von Ludwig XVI. an seien gestürzt, weil es ihnen an Thatkraft im entscheidenden Augenblick gefehlt, nicht weil sie, wie Olivier meint, zu wenig nachgegeben. Nur das gegenwärtige

ige System hat das Richtige erkannt und handelt demgemäß. Um dies auf Kosten der früheren Regierungen darzutun, gibt er einen kurzen Ueberblick über die neuere Vergangenheit bis zum 2. Dezember, „den das ganze Land erwartet habe“. Hier erhebt sich ein gewaltiger Sturm. „Neben Sie nicht vom 2. Dezember!“ ruft Picard.

Zahlreiche Stimmen: Doch, doch! Neben Sie!
Rouher: Sie können eben so gut vom 2., wie vom 10. Dezember, da das allgemeine Stimmrecht beide genehmigt hat.
J. Favre: Rechtfertigen Sie den 2. Dez. vom Standpunkt des Gesetzes!
Rouher: Wir haben an jenem Tage die Faktionen vernichtet, und würden sie stets von neuem vernichten.

J. Favre: Wären Sie es zu sagen, daß Sie dieser Kammer gegenüber gerade so handeln würden, wenn dieselbe Ihnen widerstände; wären Sie es doch!
E. Picard spricht nun einige Worte aus, die der „Moniteur“ nicht verstanden hat und deshalb auch nicht wiederholt. Allein viele Deputierte müssen sie verstanden haben, denn sie verlangen in höchster Aufregung Ordnungsruf von dem Präsidenten. (Er soll den 2. Dez. ein „Verbrechen“ genannt haben.) Widerruf Picard's. Der Präf. Schneider hat selber nichts gehört; allein nach langem Hin- und Wiederdreden begnügt er sich mit der Erklärung Picard's, daß er den ihm in der Hitze erschallenen Ausdruck weder zurücknehmen noch wiederholen werde.

Marquis d'Avincourt schließt nun seine Rede mit einem entschiedenen Vertrauensvotum in die persönliche Weisheit des Kaisers. „Sicheren wir, die aufrichtigen, loyalen Vertreter des Landes, um die die Verfassung, die uns 13 Jahre des Glücks und des Ruhms gegeben, und anstatt zum Kaiser zu sagen: „Vorwärts, Sire! sagen wir zu ihm: Sire, wir haben Vertrauen zu Ihnen, wir verlassen uns auf Sie!“ (Großer Beifall.)

Clais Bizoin hält hierauf eine Rede, die aus einer heftigen Kritik der Ollivier'schen Theorien in eine schonungslose Erwiderung auf Provocationen des Hrn. Thullier umspringt, bis sie endlich durch den nicht mehr zu beschwichtigenden Ausdruck der Erbitterung der Majorität abgebrochen wird. Wie Thier, hält auch Clais-Bizoin an dem absoluten Werth der politischen Freiheit und an dem wesentlichen Einfluß der Regierungsform auf das Gedeihen oder Nichtegehen aller Interessen im Staate fest. Wenn man ihm eine auf dem System des jetzigen Kaiserreichs begründete Regierung zeigen könnte, die neben der Freiheit leben und vorwärts schreiten könnte, so würde er in eben so große Bewunderung gerathen, wie etwa Hr. Leverrier, der Astronom, wenn er Gesetze, die sich nach andern als den Kepler'schen und Newton'schen Gesetzen im Himmelsraum bewegen, entdecken sollte. Er will und kann von seinem alten politischen Credo nicht abweichen, das auch so mancher heutige Regierungsmittler eheben mitgingen und jetzt noch ein neues Credo in ihm Imperii lernen, das Hr. Thullier so geräuschvoll vorgetragen, daß Hr. Olivier doch wohl sein Hoffnungsvertrauen aus den Händen gefallen sein muß. Der gegenwärtige „untergeordnete“ Zustand der Kammer ruft in ihm die Erinnerung an die bessere Vergangenheit und die Sehnsucht nach der bessern Zukunft wach, und bei der Aufzählung aller der Rechte, welche der Gesetzgebende Körper nicht besitzt und doch besitzen sollte, legt er ein Hauptgewicht darauf, daß selbst in Bezug auf die wichtigsten politischen Unternehmungen die Kammer nie vorher um Rath, sondern erst nachträglich um ihre sehr unwesentlich gewordene Genehmigung angegangen werde. Dies weist er ganz besonders an der mexikanischen Expedition nach, die er mit dem Einfall der Allirten in Frankreich 1814 vergleicht. „Ich glaube an die Vorsehung“, ruft er aus, „und da nach ihren Rathschlägen der in Frankreich unter dem Schutze der Bajonnette 1814 errichtete Thron 1830 wieder zusammengeführt ist, so darf man auch voraussehen, daß ein gleiches Schicksal dem mit noch schwererer Verletzung des Völkerrechts in Mexiko errichteten Thron bevorsteht!“

Der Schluß der Rede ist über die Maßen heftig. An eine frühere Aeußerung Vergigny's anknüpfend, der zufolge erst ein neues Geschlecht die Freiheit erhalten werde, weil die Revolutionen das heutige Frankreich entnernt, sagt er: „Wenn ich die Leute gegen die Revolution reden höre, welche durch sie aus dem Nichts herausgezogen worden sind, so empört sich mein innerstes Gefühl wie bei dem Anblick eines entarteten Kindes, das die Hand gegen den Urheber seiner Tage erhebt!“

„Wie? Die Revolutionen hätten unsere Seelen entnernt? Wir glaubten bisher mit allen Geschichtsschreibern und Philosophen, daß die Hofatmosphäre die Seelen entnerve, wo die knechtische Unterwürfigkeit des Geistes und des Körpers die erste aller Tugenden ist; wir glaubten mit Tacitus und Sueton, daß die Zeit der tiefsten geistigen Entartung die Epoche der Cäsaren ist, die man heutzutage rehabilitiren möchte! Wir glauben auch, daß es an entnernten Seelen in den Reichen des Orients und Afrika's wimmelt, wo es nur Pallastrevolutionen gibt. Ich möchte, der große kaiserl. Theoretiker lese das Reisetagebuch des berühmten unglücklichen Kapitäns Speke, dieses kühnen Forschers, der zur Aufsuchung der Nilquellen quer durch Afrika gewandert ist. Hat er gleich diese geheimnißvollen Quellen nicht entdeckt, so kam er doch in große Reiche, deren Ursprung sich in die Nacht der Zeiten verliert. Auch dort hat der Souverän die Initiative, wie bei uns, wie in Rußland und in der Türkei; auch dort gibt es nie Revolutionen, selbst in der Sprache ist das Wort unbekannt; dort müssen die Geister „wohlgelächelt“ sein.“

Graf Caffarelli: Wie kann man den Zustand Frankreichs mit dem der wilden Länder Afrika's vergleichen?

Granier aus Cassagnac: Das ist ja nicht ernsthaft!

Clais Bizoin: Dort, meine Herren, besteht die ganze Gesetzgebung aus einem Artikel: „Der König will es.“ und jeder Unterthan antwortet: „Allo geschehe es!“ Dort, meine Herren, ich wiederhole es, sind die Geister wohlgelächelt zum Cäsarismus. Dort wenigstens bietet sich nicht das betrübende Schauspiel dar, wie alle diese Erbliberalen, alle diese ehemaligen Puritaner, die, nachdem sie den schönsten Theil ihres Lebens über nach Freiheit, Reform und Sparbarkeit geschrieben, durch den Zauber der Gewalt getroffen und in einseitige Elemente (parties prenantes), in Würdenträger aller Art umgewandelt, das öffentliche Vermögen verschleudern und die heiligsten Rechte des Landes mit Füßen treten, gleich den (geräuschvollen Unterredungen.)

Verstimmte Stimmen: Man hört Nichts! Wir verstehen nicht, was gesagt wird; zum Schluß!

Präsident Schneider: Ich denke, der verehr. Hr. Clais Bizoin wird sich nicht beklagen, wenn der Sitzungsbericht morgen nicht vollkommen richtig sein wird. (Zustimmendes Gelächter.) Ich erkläre, Daß, was er spricht, nicht zu verstehen.

Sallandrouge: Er treibt Mißbrauch mit der Freiheit!

Präsident Schneider: Ich glaube nur von gewissen Vergleichen zwischen dem gegenwärtigen Zustande Frankreichs und dem anderer Länder zu hören, die Hr. Clais Bizoin ohne Zweifel genau kennt. Solche Vergleichen sind unzulässig.

Zahlreiche Stimmen: Schluß, Schluß!

Präf. Schneider: Der Schluß wird verlangt. (Rein! Ja!)

J. Favre: Sie müssen dem Redner das Wort erhalten.

Präf. Schneider: Ich habe den Redner oft daran erinnert, daß die Kammer ihn nicht versehe, wiewohl Mehrere seiner Kollegen zu ihm hinangetreten sind, um ihn besser zu hören.
Mehrere Stimmen: Man hört gar nichts!
Präf. Schneider: Ich erkläre, daß ich Nichts höre und dem Redner nicht folgen kann. Es ist also keinesweges zum Bewundern, daß, bei aller Freiheit, die man dem Redner läßt, die Kammer den Schluß verlangt. (Rein! Ja!) Wenn der verehr. Redner sich verständlich machen kann, wird die Kammer ihn ohne Zweifel anhören; allein wir sprechen hier nicht, um des Vergnügens wegen, zu sprechen, sondern um verstanden zu werden.

Clais Bizoin. Hr. Präsident! Lassen Sie mich Ihnen bemerken, daß Sie mich gerade in einem unglücklichen Augenblick unterbrochen haben. (Murren.) Ich war mitten in Frankreich, da ich von unsern vormaligen Puritanern und Erbliberalen sprach. Gleich den Gefährten des Königs von Thaba, die durch den Stab einer Zauberin verwandelt worden sind, suchen sie nur noch... (ils n'ont plus souci que d'avoir des...) (Lärm.)

Von allen Seiten. Man hört Nichts!

Clais Bizoin: Wenn die Kammer ermüdet ist, so bin ich bereit, zu schweigen.

Präf. Schneider: Wird der Schluß verlangt? (Ja! ja!) Ich lasse über den Schluß der allgemeinen Diskussion abstimmen. (Der Schluß der allgemeinen Diskussion wird angenommen.)

* Paris, 30. März. Der Marquis v. Lavalette hat heute im Ministerium des Innern seinen Posten angetreten. Die Entfernung seines Vorgängers hat, wie gerüchelt wird, ihren Grund darin, daß derselbe bezüglich der Presse nicht immer die gewünschte Strenge, sowie Lakt bekundet habe. — Die „France“ widerlegt das Gerücht, daß die Reise des Hrn. v. Persigny nach Rom eine Mission der Regierung an den Papst zum Zweck habe. Derselbe begeben sich mit seiner Gemahlin nach Rom, nur um den dortigen Zeremonien der heil. Woche beizuwohnen. — Man wird in Frankreich ein Korps von 400 Gendarmen und 28 Offizieren rekrutiren, welches dazu bestimmt ist, den Kern der mexikanischen Gendarmerie zu bilden.

In der heutigen Sitzung des Gesetzegeb. Körpers gab gegen alles Erwarten die Verlesung des Protokolls zu keiner Reklamation Veranlassung. Die Versammlung schritt hierauf zur Prüfung der Wahl des Hrn. Favre im Gard-Departement. Derselbe hatte 5000 Stimmen mehr als der Gegenkandidat, Hr. v. Rarcy, erhalten, und der Berichterstatter, Hr. Millet, beantragte die Bestätigung der Wahl. Vicomte v. Vanjunaüs trat dagegen auf. Bei der namentlichen Abstimmung wurde die Wahl des Hrn. Favre mit 217 gegen 23 Stimmen als gültig erklärt. In der nunmehr beginnenden Diskussion über die einzelnen Paragraphen der Presse ergreift J. Favre zu Gunsten des § 1 von der Opposition gestellten Amendements das Wort. — Rente 67.55, Cred. mob. 847.50, ital. Anl. 65.20.

Amerika.

* New-York, 18. März. (Per „City of Baltimore“.) Das Gerücht, welches Sherman schon in Goldsborough angekommen sein ließ, hat sich nicht bestätigt; doch glaubt man, daß der General auf dem Wege von Fayetteville nach Goldsborough ist. Auf ernstlichen Widerstand, heißt es, werde er erst in der Nähe von Raleigh, der Hauptstadt Nord-Carolina's, stoßen, wohin Johnstone seine Streitmacht zusammenziehe. Sherman führt 3000 Kriegsgefangene und 4000 Weiße, die bei ihm Zuflucht gesucht haben, mit sich. Seine neuerlichen Verluste werden auf 1000 Mann, die der Südstaatlichen auf 1200 Mann angeschlagen. Sheridan ist, nachdem er den Jamesfluß-Kanal bis nach Goodland zerstört, eine Strecke von 15 Meilen der virginischen Centralbahn unbrauchbar gemacht und einen feindlichen Angriff bei der Brücke über den South-Anna erfolgreich abgeschlagen, über Beaverdam am 15. bis zur Richmond-Fredericksburger Eisenbahn vorgeückt, und soll sich jetzt auf dem Marsch nach White-House befinden. In den bei Petersburg und Richmond gegenüberstehenden Heeren entwickelt sich große Rührigkeit und man erwartet einen Zusammenstoß. Es heißt, den Südstaatlichen sei es gelungen, einen großen Theil der nordstaatlichen Verschanzungen zu unterminiren und Lee beabsichtige, gegen das Centrum der Grant'schen Position am Appomattox einen Handstreich zu führen. — Laut Depeschen aus Baton Rouge vom 9. hat Forrest nach Macon in Georgia 15,000 Mann Kavallerie an sich gezogen. — Plötzlich eingetretenes Thauwetter hat große Ueberschwemmungen in Pennsylvania verurteilt. Der Susquehanna ist aus seinen Ufern getreten und hat Häuser, Magazine, Brücken fortgeschwemmt. Die Städte Harrisburg und Dil-City stehen unter Wasser; die Petroleumdistrikte haben überhaupt am meisten gelitten. Der Schaden wird auf Millionen von Dollars angeschlagen. — Der Senat von New-Yersey hat die Amendirung der Verfassung verworfen. Nachdem James Gordon Bennett abgelehnt, ist Hr. John Bigelow, der einstweilige Geschäftsträger, zum Gesandten in Paris ernannt worden. — Der Schatzsekretär McCulloch hat beschlossen, die erste Hälfte des neuen 7 bis 30 Anlehens, 300 Mill. Doll., am 15. Juni auszugeben. — In einer am 17. in Washington gehaltenen Ansprache sprach Hr. Lincoln es als seine Ansicht aus, daß des Krieges Ende nahe, der Süden zum äußersten Mittel getrieben sei; wenn die Sklaven für ihre Herren kämpfen würden, so wäre das freilich das beste Argument zur Bertheibigung der Sklaverei, welches er je gehört habe.

* New-York, 19. März. (Per „Belgian“.) Aus Richmonder Blättern telegraphirt General Grant: Der südstaat-

liche Kongreß hat sich vertagt. Der Jamesfluß-Kanal (von Sheridan zerstört) wird wieder hergestellt. In Richmond macht man gewaltige Anstrengungen, farbige Truppen zu organisiren. Depeschen aus Mobile vom 14. melden, daß die Stadt stark bedroht ist. 21 feindliche Schiffe waren in Sicht. Die feindlichen Truppen an der untern Mündung entfaltet große Rührigkeit. Maury fordert die Einwohner auf, sich auf einen Angriff vorzubereiten und entfernt die Nichtkombattanten aus der Stadt. Südstaatliche Blätter räumen ein, daß Sheridan auf seinem Marsche aus dem Shenandoah-Thal nach Osten großen Schaden angerichtet hat.

Baden.
Heidelberg, 30. März. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Heute findet hier eine Ausschussung des im März v. J. zu Frankfurt a. M. gegründeten Vereins der deutschen Standesherren statt. Sichern Vernehmen nach sollen darin nur laufende Vereinsangelegenheiten beraten und erledigt werden.

Vermischte Nachrichten.
— Augsburg, 29. März. (Schw. M.) Unter ungeheurem Andrang des Publikums wird hier vor dem Schwurgericht für den Kreis Schwaben gegenwärtig eine Anklagesache verhandelt, die ein entsetzliches Bild von unmenschlicher Kofheit vor uns entrollt. Die Angeklagte, Josefa Ried, Weggerstau aus Blonhofen bei Kaufbeuren, hat, nach der Anklageakte und ihren eigenen Geständnissen in der Voruntersuchung, ihrem Mann, einem Gewohnheitsstrinker, mit dem sie in fortwährendem Streit lebte, erst mit einem Prügel den Armknochen, das Nasenbein und die Hirnschale entzweigeschlagen, ihn dann vollends erstickt, den Leichnam in Säcke zerhackt, diese abgekocht, um die Verwesung zu verzögern, und endlich den Kopf in ihrer Mehltrübe verpackt, den übrigen Körper aber in Sauerkraut eingemacht. Beim Schultzeß hatte sie dann selbst die Anzeige gemacht, ihr Mann sei verschwunden und müsse sich ein Leid angethan haben. Da aber die allgemeine Ueberzeugung sie als Mörderin bezeichnet, fand man endlich nach vielen Hausdurchsuchungen das Gesuchte in seinem sonderbaren Versteck. Um die Angeklagte, die zum Tod verurtheilt ist, vor der Wuth der Massen zu schützen, mußte Militär requirirt werden.

Nachschrift.
Telegramme.

† Wien, 31. März. Unterhaus. Die Budgetverhandlungen betrafen heute das Kapitel „ungarische Hofkanzlei“. Der Abg. Kaiserfeld vertheibigt die Haltung der Opposition gegenüber der letzten Rede des Hrn. v. Schmerling, verurtheilt die Tadellosigkeit des Ministeriums und dessen konstitutionelle Halbsheit. Er erklärt eine strenge Zentralisation für unausführbar. Die indirekten Abgaben sollten zu allgemeinen Reichszwecken verwendet, die direkten Abgaben und die Gebahrung mit denselben den einzelnen Ländern überlassen werden. Redner spricht für baldige Einberufung des ungarischen Landtags und für das Aufgeben des Rechtspunktes und des Festhaltens am Imperatio von Seiten der Regierung Ungarn gegenüber. Die Opposition werde nur jener Partei Ungarns die Hand reichen, welche mit ihr gleiche Grundätze hat, und nur auf Grund der Idee der Reichseinheit.

Hr. v. Plener weist die Vorwürfe Kaiserfeld's zurück; Hr. v. Schmerling weist den Vorwurf der Lässigkeit zurück, indem er auf seine Vergangenheit hindeutet. Ihm persönlich hätte es mehr zugesagt, in der ungarischen Frage rasch vorzugehen; er habe aber die Ueberzeugung gewonnen, daß gewisse Fragen nicht rasch lösbar seien. Er hebt die Schwierigkeiten einer Vereinbarung der ungarischen Gesetze von 1848 hervor. Auch die Regierung werde sich mit der altkonservativen Partei Ungarns niemals einlassen; er kenne diese vielmehr als erbittertesten Feind, dessen Mienen bis in dieses Haus reichten. Redner widerspricht der Behauptung des Abg. Kaiserfeld, daß ein Theil der Bewohner Ungarns den Kaiser bloß als faktischen Herrscher anerkenne; der Kaiser erkenne sich auch jetzt als rechtmäßigen König Ungarns und werde als solcher von allen loyalen Ungarn anerkannt.

Das Budget wurde nach dem Antrag des Ausschusses mit Birementen angenommen.

† New-York, 22. März. Gold 157/8, Wechsel 170/8, Bonds 105/8, Baumwolle 50.

— Karlsruhe, 31. März. Das Gastspiel des Hrn. Dessoir erregt so allgemeine Theilnahme, daß es billig erscheint, die Vorstellungen an die Abonnenten beider Louren dadurch zu vertheilen, daß die dritte Vorstellung, durch eine Umrückstellung der Abonnementsnummern, der geraden Louren zugewiesen wird.

Karlsruhe, 31. März. Bei der heute stattgehabten Gewinnziehung der badischen 35-fl. Loose sind folgende Hauptgewinne gezogen worden:
Nr. 286,528 40,000 fl. Nr. 26,539 10,000 fl. Nr. 168,469 4000 fl. Nr. 97,104, 107,279, 123,967, 199,474, 295,462 à 2000 fl. Nr. 26,530, 26,531, 73,199, 101,258, 116,506, 123,973, 146,561, 146,577, 167,477, 292,396, 295,479, 314,327 à 1000 fl.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

30. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,67"	- 1.0	S.W.	ganz bew.	trüb, harter Schnee
Mittags 2 "	" 10,03"	+ 2.5	N.W.	"	" Ebaunwetter
Nachts 9 "	" 10,73"	- 1.0	"	"	" Schnee.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Sonntag 2. Apr. 2. Quartal. 50. Abonnementsvorstellung. Robert der Teufel; große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer.

